

Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

Sitzungstermin: Donnerstag, 06.03.2008
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:05 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Südhoff, Johann

SPD-Fraktion
Bornemann, Bernd
Gosciniak, Heinz
Pohlmann, Marianne
Slieter, Ihno
Wessels, Johann

CDU-Fraktion
Odinga, Hinrich
Schönsee, Carmen

FDP-Fraktion
Bolinus, Erich
Eilers, Hillgriet

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Stolz, Wulf-Dieter

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat
Koziolk, Stephan-Gerhard

Beratende Mitglieder
de Boer, Jannes
Janssen, Johann
Lüppen, Richard
von Fehren, Horst

Verwaltungsvorstand
Docter, Andreas Stadtbaurat

von der Verwaltung
Kinzel, Rainer
Fortmann, Ulrich

Protokollführung
Rauch, Agnes

Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Südhoff begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 4 Bebauungsplan D 151, I. Abschnitt, "Block Ostfriesland" (Stadtteil Barenburg, Auricher Straße);
- Festlegung des Geltungsbereichs;
- Auslegung, Öffentlichkeitsbeteiligung sowie Beteiligung der Behörden und der Träger Öffentlicher Belange (Stadium II)
Vorlage: 15/0637

Herr Fortmann erklärt das Thema Kaserne beschäftige den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt immer wieder, obwohl die Dynamik und Entwicklung nicht sehr wünschenswert seien. Aus diesem Grunde freue er sich heute darüber, einen weiteren Puzzelstein in das Gesamtkonzept einfügen zu können. In der Vergangenheit habe die Verwaltung bereits empfohlen, einen Aufstellungsbeschluss für den Geltungsbereich D 151 zu fassen, damit langfristig die Entwicklung auf dem Kasernengelände gesteuert werden könne und nicht nur die Filetstücke herausgeschnitten würden. Aus diesem Gesamtgeltungsbereich würden nunmehr nach und nach Teilbebauungspläne entwickelt werden. Ein solcher Teilbebauungsplan sei der Geltungsbereich D 151, I. Abschnitt. Hier gehe es um die Entwicklung des allgemein als Block Ostfriesland bekannten Gebäudes.

Er führt weiter aus, die Investoren möchten diesen Bereich entwickeln. Der Block Ostfriesland weise ein Untergeschoss, drei Vollgeschosse und das Dachgeschoss auf. Die davor liegende Grünanlage solle als solche erhalten bleiben. Entlang dieser Grünanlage bestehe dann die Möglichkeit zu parken. Die Erschließung des Bebauungsplanes solle für einige Stellplätze über die Auricher Straße erfolgen. Dieser Bereich werde zunächst für gewerbliche Einheiten entwickelt, später auch für Wohnungen. Das Gros werde aber über die Verlängerung der Gerhard-Hauptmann-Straße angeschlossen.

Herr Fortmann erläutert sodann den Geltungsbereich anhand von Folien.

Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

Er stellt fest, überschlägig würden hier drei bis vier Gewerbeeinheiten und 30 Wohnungen im Block Ostfriesland entstehen. Abschließend erklärt er, man befinde sich mit diesem Verfahren im neuen § 13 a, was bedeute, dass mit diesem Bebauungsplan gleich in die öffentliche Auslegung gegangen werden könne. Weil dieser Bebauungsplan der Nachverdichtung diene und ein Flächenrecycling durchführe, müsse kein Umweltbericht und Ausgleich erfolgen.

Herr Südhoff bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Bornemann teilt mit, seine Fraktion sei froh darüber, dass die Entwicklungen im Kasernengelände weitergehen würden. Daher werde er auf jeden Fall zustimmen. Er bittet um Auskunft, wie die Umzäunung des Kasernengeländes nach dieser Teilerschließung erfolgen werde.

Herr Fortmann entgegnet, das werde mit den Investoren auszuhandeln sein. Beim Arbeitsgelände der Autovermietung sei es so, dass ein Teil abgezäunt sei. Solange es hier keine weiteren Nutzungen gäbe, wäre es denkbar, dass dieser Teil abgezäunt werde.

Herr Bolinius begrüßt ebenfalls diese Vorlage und erklärt, seine Fraktion werde hier zustimmen. Er freue besonders darüber, dass die Grünfläche erhalten bleibe.

Herr Odinga erklärt, auch die CDU-Fraktion freue sich, dass Bewegung in die Sache käme und werde somit der Vorlage zustimmen.

Herr Stolz bemerkt, seine Fraktion sei froh darüber, dass nun endlich etwas geschehen würde. Es sei sehr bedauernswert, wie dort Volksvermögen verrotte und dass die Verantwortlichen dafür nicht zur Rechenschaft gezogen würden.

Beschluss:

1. Das Bebauungsplanverfahren für den Bebauungsplan D 151 „ehemaliges Kasernengelände“ wird mit der Festlegung des Geltungsbereichs für den I. Abschnitt (Bebauungsplan D 151, I. Abschnitt, „Block Ostfriesland“) fortgeführt.
2. Der Geltungsbereich wird, wie in der Anlage 1 dargestellt, beschlossen.
3. Die Aufstellung erfolgt im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung).
4. Die Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB (Öffentlichkeitsbeteiligung) sowie die Beteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB (Behörden- und Träger Öffentlicher Belange) wird durchgeführt (Stadium II).

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Vorhabenbezogener Bebauungsplan B 12 "Karree am Falderndelft" (Bereich Osterbutvenne/Spiegelgang);
- Aufstellungsbeschluss (Stadium I)
Vorlage: 15/0639

Herr Fortmann führt aus, der Bebauungsplan sei auf die Fläche, für die auch tatsächlich ein neues Planungsrecht geschaffen werden müsse, reduziert worden. Die Planungen für den vorderen Bereich könnten auf Grundlagen des § 34 durchgeführt werden. Wenn sich ein Gebäude an dieser Stelle einfüge, könne das Ganze als Baulücke definiert und dann müsse kein neues Planungsrecht geschaffen werden. Somit sei auch kein Bebauungsplan notwendig. Für den Bereich sei vorgesehen, auch eine Wohnung unterzubringen und Parkflächen in Form von Ga-

Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

ragen zu schaffen. Da die Planungen noch nicht so weit fortgeschritten seien, werde er das Projekt näher vorstellen, wenn das Stadium II beschlossen werde.

Weiter erläutert er, anders verhalte es sich mit dem Gebäude direkt an der Osterbutvenne. Dort sei beabsichtigt, im Erdgeschoss unterschiedliche Nutzungen wie Arztpraxen und Büroräume unterzubringen. In den oberen Geschossen sollen etwa zehn Wohnungen entstehen. Er bittet um das grundsätzliche Einverständnis zu diesem Vorgehen, um so den Aufstellungsbeschluss für den Geltungsbereich zu fassen.

Herr Bolinius erklärt, seine Fraktion werde hier zustimmen. Er wundere sich nur über den Zeitpunkt, da mit den Arbeiten seines Erachtens schon angefangen worden sei.

Herr Bornemann signalisiert ebenfalls von seiner Fraktion Zustimmung. Attraktive Bebauung von solchen nicht gut genutzten Innenstadtf lächen sei auf jeden Fall zu begrüßen.

Herr Odinga erkundigt sich nach der Höhe der Gebäude.

Herr Docter entgegnet, da der Abriss genehmigungsfrei sei, sei bereits damit angefangen worden. Weiter führt er aus, aufgrund der Nachbarbebauung an der Faldernstraße werde die Hauptbebauung ebenfalls viergeschossig. In dem anderen Bereich entlang der Straße Osterbutvenne habe man eine Drei- bis Viergeschossigkeit, wobei hier kein großer Dachausbau vorgesehen sei.

Beschluss:

1. Die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans B 12 „Karree am Falderndelft“ wird beschlossen.
2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan wird nach § 13 a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung) im beschleunigten Verfahren aufgestellt.
3. Der Geltungsbereich wird, wie in Anlage 1 eindeutig dargestellt, beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

TOP 6 Verbesserung der Baumschutzsatzung;
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.11.2007
Vorlage: 15/0553

Herr Stolz führt aus, die Emdener Kommunalpolitiker täten gut daran, sich mit der sogenannten Baumschutzsatzung zu befassen. Es könne nicht schaden, einzelne Paragraphen dieser gesetzlichen Verordnung näher unter die Lupe zu nehmen, wie es die Grünen im Emdener Rat forderten. Dabei sollten die Ratsvertreter auch immer der Frage nachgehen, ob die vor sechs Jahren getroffenen Schutzmaßnahmen in ihrer Gesamtheit sinnvoll und ausreichend seien. Erlaubt sein müsse auch die Frage, ob eine Baumschutzsatzung in der heutigen Zeit, wo alle Welt nach Spar- und Glühlampen und Dieselfiltern rufe, nicht enger gefasst und weniger großzügig ausgelegt werden sollte. Die Stadt Emden könnte eine Vorbildrolle übernehmen und den Bürgern der Stadt zeigen, schaut her, so könne man es machen. So könne heißen, man achte stärker als bisher auf die Pflege des alten Baumbestandes, kläre im Vorfeld notwendiger Rodung intensivst darüber auf, um nicht wie auf der Hahnschen Insel der Anschein heimlicher Aktionen um vollendete Tatsachen zu schaffen. Es wäre ein Weg, die Menschen in der Stadt für den Wert von

Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

Bäumen stark zu sensibilisieren. Wenn Baumschutz im öffentlichen Raum strenger gehandhabt würde, könnte man auch den Bürgern mehr zumuten. Das immer wieder gern angeführte Argument, Ostfriesland sei ursprünglich eine baumfreie Region gewesen, ziehe heute nicht mehr. Stadtplaner könnten an der CO²-Debatte an dem Thema Bäume nicht vorbei. Eine Durchleuchtung der Baumschutzsatzung werde da folgerichtig. Auf das sie ihren Namen auch tatsächlich verdiene.

Anschließend teilt Herr Stolz, diese Worte würden nicht von ihm, sondern von Herrn Milkert stammen. Er halte sie als Einleitung in die Debatte für sehr geeignet.

Herr Odinga erklärt, seine Fraktion würde keinen Anlass sehen, die im Jahr 2001 beschlossene Satzung zu verändern.

Auch **Herr Bornemann** erklärt für die SPD-Fraktion, dass derzeit keine Notwendigkeit gesehen werde, die Baumschutzsatzung zu überarbeiten und zu verändern. Er habe jedoch schon darauf hingewiesen, dass er bei der Planung von öffentlichen Gestaltungen aber zukünftig genauer hinsehen werde.

Frau Eilers legt dar, auch ihre Fraktion möchte ebenfalls an den Regelungen dieser Satzung festhalten. Allerdings sei man der Meinung, den Bürgern müsse der Inhalt der Baumschutzsatzung nähergebracht und sie müssten über die Folgen möglicher Verstöße informiert werden.

Herr Koziolk schlägt vor, Bäume ab einer Höhe von 1 m anstelle von 1,20 m zu schützen. Ansonsten halte er die Baumschutzsatzung für ausreichend.

Herr Stolz stellt fest, er höre die Worte der Fraktionen mit großem Interesse und auch mit Bedauern. Seine Fraktion habe keine konkreten Forderungen gestellt. Sie habe lediglich die Überarbeitung der Satzung beantragt, um einen besseren Schutz herzustellen. Er finde es nunmehr erstaunlich, dass trotz der empörten Reaktionen aus der Öffentlichkeit so getan werde, als sei alles in bester Ordnung.

Abschließend zieht Herr Stolz den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurück.

Ergebnis: Von der Antragstellerin zurückgezogen!

TOP 7 CO²-Gebäudesanierungsprogramm;
- Investitionspakt zur energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen;
- Antrag der SPD-Fraktion vom 04.12.2007
Vorlage: 15/0598

Herr Bornemann erklärt, seine Fraktion habe von diesem sehr sinnvollen Programm Kenntnis erlangt und bitte dazu um eine Stellungnahme.

Herr Kinzel führt aus, auch die Verwaltung halte es für sinnvoll, Fördermittel für die Verbesserung der sozialen Infrastruktur in den Kommunen zu bekommen. Der Bund habe ein Förderprogramm aufgelegt. Das Land Niedersachsen habe einen Anteil von 19 Mio. €, die über fünf Jahre verteilt ausgezahlt würden. Im Jahre 2008 käme etwa 1 Mio. € zum Ansatz. Jedoch würden noch die Ausführungsbestimmungen fehlen, sodass man noch nicht wisse, ob die Stadt Emden zu den Kommunen gehöre, die diesen Zuschuss nutzen könne. Es sollten vor allem Kommunen in schwieriger Haushaltslage davon profitieren, da es gerade in diesen sozialen Infrastrukturen

Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

einen Investitionsstau gäbe. Wenn die Ausführungsbestimmungen vorliegen würden, werde er nähere Informationen mitteilen.

Herr Odinga weist darauf hin, wenn die Stadt Emden an dem Programm teilnehmen wolle, müsse vorab sichergestellt sein, dass das Geld vorhanden sei. Seines Erachtens müsste im Nachtragshaushalt darüber gesprochen werden.

Herr Docter bemerkt, im Wirtschaftsplan für das Gebäudemanagement sei auch eine gewisse Summe für Energieeinsparungsmaßnahmen enthalten. So sei man nicht einmal auf den Nachtragshaushalt angewiesen, da bestimmte Mittel bereits zur Verfügung stünden. Jedoch müsse das Programm zunächst einmal vorliegen.

Herr Bolinius sieht für die Stadt Emden keine Chance, wenn nur finanziell ganz schlecht gestellte Kommunen bevorteilt würden.

Herr Bornemann bittet um zeitnahe Information, sobald die Ausführungsbestimmungen des Landes vorliegen würden.

Herr Docter weist darauf hin, die Stadt Emden könne sich zum einen wie jede andere Kommune bewerben. Hier stünden die Chancen nicht besonders gut, da finanzschwache Kommunen berücksichtigt würden. Zum zweiten würden Städte mit sozialen Stadtprogrammen bevorzugt werden. Dieses sei eigentlich der Bereich, wo sich die Verwaltung größere Chancen ausrechne.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 8 Lärmschutzwall an der Dohlenstraße / L 2 (Larrelt)
- Antrag der SPD-Fraktion vom 08.01.2008
Vorlage: 15/0571

Herr Bornemann erkundigt sich, ob mittlerweile eine Antwort von der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr hinsichtlich des Lärmschutzes an der L 2 in Larrelt vorläge und bittet darum, den Sachstand mitzuteilen.

Herr Kinzel entgegnet, inzwischen sei ein Schreiben eingegangen, in dem mitgeteilt werde, dass Maßnahmen zu Lasten des Landes in absehbarer Zeit im Bereich einer Lärmschutzwand nicht getroffen würden. Ein gewisser Beitrag zur Reduzierung des Verkehrslärms könne jedoch durch eine Fahrbahnerhaltungsmaßnahme gesehen werden. Es werde nur die alternative Finanzierungsmöglichkeit gesehen, dass die Stadt Emden selber die Kosten übernehme. Herr Kinzel gibt jedoch zu bedenken, die Stadt Emden sei kein Straßenbaulastträger für die L 2.

Das Schreiben der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr vom 11.02.2008 ist dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt.

Herr Bornemann erklärt, seine Fraktion sei mit dieser Antwort nicht zufrieden und werde neu beraten.

Herr Docter legt dar, dass der finanzielle Aufwand bezüglich des Lärmschutzes an der L 2 zwischen 840.000 € und 908.000 € betragen werde.

Herr Bolinius stellt fest, es müsse weiter beraten werden, da der Lärm dort ziemlich unerträglich sei. Man müsse sich jedoch überlegen, ob die Zufahrt zum VW-Werk zukünftig irgendwie anderes geregelt werden könne.

Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 9 Ausgleichsmaßnahmen für den Windpark Wybelsumer Polder;
- Antrag der CDU-Fraktion vom 22.01.2008
Vorlage: 15/0603

Herr Odinga weist darauf hin, die Zurückschneidearbeiten am Hörntjeweg in Larrelt seien angefangen worden. Die anderen Gehölzstreifen seien jedoch noch nicht fertiggestellt und seine Fraktion lege Wert darauf, dass die zugesagten Arbeiten auch eingehalten und durchgeführt würden. Die Stadt Emden habe hier eine Kontrollfunktion. Bei der Genehmigung sei seinerzeit beschlossen worden, Gehölzstreifen einzurichten, die wiederum auch gepflegt werden müssten.

Herr Kinzel bedankt sich für den Hinweis. Er werde mit der Firma WWP, die für die Pflege zuständig sei, Kontakt aufnehmen.

Herr Odinga betont noch einmal, auch die oben überwachsenen Äste seien abzuschneiden, da die Landwirtschaft eine Sichthöhe von mindestens vier Metern benötige.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 10 Errichtung eines Kreisverkehrs Einmündung Hauptstraße Larrelt auf L 2;
- Antrag der FDP-Fraktion vom 22.01.2008
Vorlage: 15/0599

Herr Kinzel führt aus, es läge mittlerweile ein Schreiben der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr vor, welches beinhalte, dass die geschilderten verkehrlichen Probleme bekannt seien und man sich deren auch annehmen wolle. Um jedoch dieses sachgerecht zu beurteilen und Verbesserungsmaßnahmen ableiten zu können, sei beabsichtigt, eine verkehrliche Untersuchung durchzuführen. Sobald Ergebnisse vorliegen würden, erfolge eine umgehende Information.

Das Schreiben der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr vom 25.02.2008 ist dem Protokoll als Anlage 2 beigelegt.

Herr Bolinius erklärt, er sei mit der Antwort zufrieden, da nunmehr etwas auf den Weg gebracht werde.

Herr Odinga bemerkt, die CDU-Fraktion vermute, dass an dieser Straßenkreuzung niemals ein Kreislauf entstehen werde. Wichtiger wäre seiner Meinung nach ein Kreislauf an der Thüringer Straße zum DOC.

Er führt weiter aus, bei der jetzt angesprochenen Kreuzung komme es hauptsächlich zweimal täglich zu der Schwierigkeit, dass die Verkehrsteilnehmer aus Richtung Larrelt nicht auf die L 2 fahren könnten. Seines Erachtens gäbe es aber eine andere Lösung. Ähnlich wie die Ausfahrt am Nordkai könnten die Linksabbieger aus Larrelt kommend in eine Einfädelungsspur einfahren. Dann müsste die L 2 nur in Richtung Emden zweispurig ausgebaut werden. Das wäre sinnvoll und auch in Bezug auf den Ausbau der Straße zu realisieren.

Herr Slieter gibt zu bedenken, es sei zwar richtig, dass dann der Verkehr aus Richtung Wybelsumer kommend herauskomme, aber umgekehrt helfe die Einfädelungsspur wenig.

Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

Herr Wessels ist der Ansicht, ein Kreisell funktioniere keinesfalls besser als eine normale Kreuzung. Es komme jeden Tag beim neuen Kreisverkehr nahe des VW-Werks zu Unfällen.

Herr Bornemann stellt fest, grundsätzlich sei eine Untersuchung richtig. Er befürworte Kreisverkehre, doch ob an dieser Stelle ein Kreisell sinnvoll sei, werde von ihm bezweifelt. Er schlage jedoch vor, zunächst das Ergebnis der Untersuchung abzuwarten.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 11 Planungsstand "Zubringer zur Autobahn von der Straße Zum Nordkai";
- Antrag der CDU-Fraktion vom 01.02.2008;
- Antrag der FDP-Fraktion vom 01.02.2008
Vorlage: 15/0638

Herr Bolinius erklärt, die Friesländer hätten seinerzeit ihren Unmut in Leserbriefen kundgetan, weil sie mit der Trassenführung nicht einverstanden seien. Nunmehr sei er darüber verwundert, dass eine Trasse bereits festgelegt sei.

Herr Odinga bemerkt, das Verhalten der FDP-Fraktion bezüglich der Antragsstellung sei lächerlich. Nachdem Herr Bongartz einen Antrag gestellt und diesen auch an die anderen Fraktionen gemailt habe, schreibe Herr Bolinius den gleichen Antrag noch einmal.

Herr Bolinius betont, er halte dieses für eine Unterstellung und verweist auf die Sendezeiten der beiden Anträge.

Herr Docter teilt mit, es gäbe keinen neueren Sachstand als das, was bereits vom Landesstraßenbauamt im Ausschuss vorgestellt worden sei. Die bevorzugte Trasse sollte möglichst nah an die Siedlung gebaut werden, um andere Bereiche nicht zu stören. Diese Unterlagen lägen zurzeit in Bonn, da das Bundesverkehrsministerium diese Maßnahme genehmigen müsse. Für April/Mai werde die Genehmigung erwartet, sodass im Sommer mit dem Planfeststellungsverfahren begonnen werden könne, welches ca. 1 bis 1,5 Jahre dauern werde. Das sei der derzeitige Sachstand.

Weiter führt er aus, es handele sich hierbei um ein teures Bauwerk, da auch Kanäle und Bahnschienen zu überbrücken seien. Auch müsse auf andere öffentliche Bedingungen wie z. B. Bodenverhältnisse, Umwelt und Naturschutz eingegangen werden. Hier läge die Zuständigkeit beim Landesstraßenbauamt, welches dem Genehmigungsgeber eine Trasse vorschlagen würde. Da im Moment eine bestimmte Bausumme überschritten werde, handele es sich um ein reines internes Verfahren zwischen Land und Bund.

Auf die Frage von **Herrn Bolinius**, ob die Stadt Emden über die Trassenführung einen Einfluss habe, antwortet **Herr Docter**, die Zuständigkeit läge eindeutig beim Bund, da es sich um eine Bundesstraße handele.

Herr Bornemann begrüßt es, dass für den Stadtteil Friesland insgesamt eine bessere Lösung gefunden worden werde. Jede Sache habe natürlich immer eine gewisse Kehrseite. Es sei selbstverständlich, dass sich an der einen Stelle sehr viele Menschen über etwas freuen, was auf der anderen Seite vielleicht jemand wieder einschränke. Wichtig sei jedoch, dass hier im Planfeststellungsverfahren alle Stellungnahmen abgegeben würden, um am Ende zu einer Gesamtlösung zu kommen, mit der hoffentlich alle gut leben könnten.

Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 12 Verkehrsführung Rathausplatz - Sachstandsbericht -;
Antrag der SPD-Fraktion vom 01.11.2007

Herr Kinzel erklärt, heute wolle man den Ausschussmitgliedern mit einigen Fotos und Videoaufnahmen die Aufstellungssituation an der Straße Am Delft dokumentieren.

Herr Fortmann stellt fest, dass bezüglich der Testphase fast keine negativen Äußerungen von Bürgerinnen und Bürgern geäußert würden. Auch zur aufgehobenen Bushaltestelle am Delft seien keine ablehnenden Aussagen gemacht worden. So habe man mit der Testphase eine Situation geschaffen, mit der die Bürgerinnen und Bürger sehr gut zurecht kommen würden.

Anschließend dokumentiert Herr Fortmann anhand von Fotos von Videoaufnahmen die Verkehrssituation in der Straße Am Delft für die Zeiträume von 12:45 Uhr bis 13:30 Uhr und von 16:00 Uhr bis 18:00 Uhr.

Weiter erklärt er, am 02.04.2008 werde eine Befragung aller Verkehrsgruppen durchgeführt. In der übernächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt wolle er dann noch einmal einen Gesamtbericht zur Beurteilung der Testphase geben.

Herr Docter ergänzt bezüglich des weiteren Verfahrens, die Verwaltung sei beauftragt worden, in jedem Ausschuss über diese Testphase zu berichten. Am Ende der Testphase werde eine Bilanz gezogen und alle Erkenntnisse zusammengetragen. Dann müsse man sich damit befassen, wie es weitergehen solle.

Herr Odinga stellt fest, die Verwaltung habe schon einige Mal im Ausschuss berichtet. Dabei sei angeregt worden, auch die Ampel bei der Sparkasse ebenfalls nachts auszuschalten.

Herr Bornemann bedankt sich für den ausführlichen Bericht zur Verkehrsführung am Rathausplatz. Er werde diesen zur Kenntnis nehmen und am Ende dann die Schlussfolgerung daraus ziehen. Außerdem begrüße er die nunmehr stattfindende Bürgerbefragung, deren Ergebnis mit Sicherheit interessant werde, da bisher nur wenige Bürgerreaktionen vorliegen würden. Er bedauert es, dass die Bürgerinnen und Bürger sich nicht intensiver mit diesem Thema beschäftigen würden.

Herr Stolz ist der Meinung, es handele sich hierbei um ein Projekt, welches sehr gut zu gelingen scheine.

Herr Docter führt aus, bei der Ampel an der Sparkasse handele es sich ein Provisorium, welches sich nicht so einfach herausziehen lasse, da man sich bewusst zunächst einmal für eine kostengünstige Lösung der Testphase entschieden habe. Dennoch würde der BEE versuchen, diese Ampel nachts auszuschalten.

Herr von Fehren schlägt vor, durch Induktionsschleifen die Ampel zu steuern, um so die Grünphasen während der Hauptverkehrszeiten zu verlängern.

TOP 13 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Niederschrift Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

TOP 14 Anfragen

1. Niedersachsenstraße

Die Frage von **Herrn Wessels**, ob in der Niedersachsenstraße auch die Kanalisation erneuert werde, wird von Herrn Docter verneint.

2. Abgebrannter Bootsschuppen

Herr Lüppen fragt an, was mit dem abgebrannten Bootsschuppen nahe der Kesselschleuse sei und ob die Stadt Emden keine rechtliche Möglichkeit habe. Gerade auch in Bezug auf kommende Badesaison und die Besucher der Jugendherberge sei dieses kein guter Anblick.

Herr Docter entgegnet, es handele sich hier um eine verpachtetes Grundstück und der Pächter zahle auch pünktlich seine Pacht.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.